

## Inhalt

- I Präambel
- II Demokratisierung der Gesellschaft
- III Dynamisierung der Wirtschaft und ökologischer Umbau der Industriegesellschaft
- IV Für eine solidarische Gemeinschaft
- V Freiheit für Individuum und Gemeinschaften in einer erneuerten Gesellschaft
- VI Für eine deutsche Konföderation in einer europäischen Friedensordnung

## I. PRÄAMBEL

Die Gesellschaft in der DDR befindet sich in einem demokratischen Aufbruch, um ihre Selbstbestimmung endlich zu verwirklichen.

Der DEMOKRATISCHE AUFBRUCH - sozial, ökologisch - versteht sich als eine gestaltende Kraft in dieser Volksbewegung. In unserem politischen Willen und Handeln lassen wir uns leiten von den Menschenrechten und den Grundwerten

**Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität.**

Freiheit heißt für uns ungezwungene Entfaltung und Selbstbestimmung jedes Menschen zur Wahrung seiner Würde. Freiheit meint aber auch den Anspruch jedes Menschen auf eine Umwelt, die ihn nicht körperlich und geistig vergiftet.

Gerechtigkeit heißt für uns gleiches Recht und gleiche Lebenschancen für alle. Gerechtigkeit meint auch Wiedergutmachung und Hilfe für Menschen und Völker, die durch Herrschaft von Parteien oder des Profits um ein erfülltes Leben gebracht wurden und werden.

Solidarität heißt für uns Zuwendung und Hilfe für die Schwachen. Solidarität meint auch und vor allem unser Denken und Handeln in weltweiter und zukunftsbewußter Verantwortung.

In diesem Sinne will der DA die grundlegenden Menschenrechte auf dem Gebiet der DDR verwirklichen.

Dazu sind notwendige Mittel und Ziele:

- die demokratische Mitbestimmung aller BürgerInnen in den lebenswichtigen Fragen;
- eine Marktwirtschaft, die ökologisch und damit langfristig effektiv produziert;
- eine Gesetzgebung und Politik, die eine Solidargemeinschaft und den Schutz des Einzelnen sichert;
- die Abrüstung des Staates nach innen und die militärische Abrüstung hin zu einer Friedensordnung der Völker;
- die Selbstbestimmung des Volkes, auch über seine staatliche Organisation. Das Recht zur Erlangung der Einheit der deutschen Nation ist in der Verfassung festzuschreiben.

Der Einsatz für diese bessere Gesellschaft wird uns viel Kraft und Ausdauer abverlangen.

Der DEMOKRATISCHE AUFBRUCH - sozial, ökologisch - stellt sich dieser Verantwortung,

**für uns und die nachfolgenden Generationen.**

## II DEMOKRATISIERUNG DES STAATES UND DER GESELLSCHAFT

Demokratie ist die Garantie für Freiheit und Würde des Einzelnen in der Gesellschaft. Sie wird bedroht durch Monopolisierung von Macht. Deshalb sind die zentralistischen und autoritären Strukturen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu beseitigen. Dringend erforderlich ist die Analyse ihrer geistigen und moralischen Folgen sowie ihre konsequente Bewältigung auf allen Ebenen der Gesellschaft. Wir brauchen politische Strukturen, die eine unkontrollierte Anhäufung von Macht sowie die Monopolisierung in Politik, Wirtschaft und in den Medien nicht zulassen. Wir sind gegen alle Erscheinungsformen des Totalitarismus, Militarismus, Chauvinismus und Antisemitismus.

Wir treten ein für die gleichberechtigte Integration der bei uns ständig lebenden Ausländer und für ihr Recht auf aktive Beteiligung in Parteien und Organisationen.

Von der Teilhabe an der Demokratie darf kein Einzelner und keine soziale Gruppe ausgeschlossen werden.

Gesellschaftliche Interessen sind als vielfältig und widersprüchlich anzuerkennen. Die daraus resultierenden Konflikte müssen ausgetragen werden. Dazu bedarf es einer Kultur des politischen Streitens auf der Basis von Toleranz und Sachargumentation wie des gemeinsamen Bekenntnisses zu einer Solidargemeinschaft in der Gesellschaft.

### Politisches System

Die aus freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangenen Parlamente haben Macht auf Zeit. Parlamentarische Mehrheitsentscheidungen müssen durch verfassungsgemäß verankerte demokratische Verfahrensweisen korrigierbar bleiben; Volksbegehren und Volksentscheide garantieren eine unmittelbare Einflußnahme des Volkes.

Demokratische Grundsätze des politischen Systems sind:

- Die politischen Parteien sind die wichtigsten Träger der politischen Willensbildung.
- Durch die freie Wahl zwischen Personen und Programmen wird dem Bürger die direkte Einflußnahme auf die Gestaltung der Gesellschaft ermöglicht.
- Die gesellschaftlichen Organisationen nehmen die politische Vertretung von Interessengruppen (Jugend, Frauen, Arbeiter usw.) wahr. Sie dürfen keinen parlamentarischen Status erlangen.
- Die Interessen der Regionen werden gegenüber denen des Gesamtstaates durch eine Länderkammer zur Geltung gebracht.

### Über Parteien und Organisationen

- Trennung von Legislative, Exekutive und Gerichtbarkeit; Öffentlichkeit als vierte Gewalt.
- Dezentralisierung mit dem Ziel einer regionalen und kommunalen Selbstverwaltung.
- Politische Neuordnung nach föderativen Prinzipien.
- Neuordnung der Verwaltung nach Ländern.
- Bürgernahe Verwaltung mit durchschaubaren Entscheidungsprozessen.
- Verstärkte Entwicklung der Selbsthilfe und der verantwortlichen Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen.

- Berücksichtigung von Gruppierungen mit regionalen oder sozialen Sonderinteressen, die aus ihrer unmittelbaren Lebenswelt heraus entstehen.
- Effektive Einspruchsmöglichkeiten für besondere Bevölkerungsgruppen (In-Heimen, Haftanstalten, in der Armut) sind durch Institutionalisierung entsprechender Beauftragter mit DDR-weiten Befugnissen abzusichern.

### Rechtsstaatlichkeit

Alle Machtausübung im Staat ist an Recht und Gesetz gebunden. Recht dient insbesondere dem Schutz der Schwachen und der Erhaltung unserer natürlichen Lebensumwelt. Die unteilbaren Menschenrechte und die Bürgerrechte sind durch die Gesetze zu garantieren. Die Rechtsstaatlichkeit beruht auf

- einer neuen demokratischen Verfassung und einer ihr entsprechenden Rechtsform.
- einem unabhängigen Verfassungsgericht.
- einem umfassenden Verwaltungsrecht, das den Bürger gegen staatliche Willkür und Machtmißbrauch schützt; Verwaltungsentscheidungen sind anfechtbar und können durch Gerichtsentscheide aufgehoben werden.
- einem Strafrecht, das keine politische Diskriminierung kennt.
- einem Strafrecht, das nicht Vergeltung übt, sondern den Rechtsbrecher wieder in die Gesellschaft eingliedert und den Schutz der Gesellschaft gewährleistet.
- dem Schutz persönlicher Daten vor unrechtmäßiger Sammlung und Weitergabe.

### Öffentlichkeit

Voraussetzung der Demokratie ist das Prinzip der Öffentlichkeit. Es kann nur verwirklicht werden, wenn:

- die elektronischen Medien öffentlich-rechtlichen Charakter tragen.
- jedem einzelnen ebenso wie Gruppen und Vereinigungen der Zugang zu den Medien freisteht.
- politische Zensur unterbunden ist.
- die öffentliche Kommunikation zu gesellschaftlichen Problemen gefördert wird.

### Wirtschaft

Wir vertreten das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft mit hohem ökologischen Anspruch.

Wirtschaftliche Monopolmacht wird rechtsstaatlich kontrolliert. Ein abgestimmtes System regulierender Mechanismen unter demokratischer Kontrolle sichert die Stabilität der Wirtschaft. Die parlamentarische und gesetzliche Einflußnahme wird ergänzt durch die der Arbeitnehmer:

- Freie und demokratische Gewerkschaften mit Tarifautonomie und Streikrecht.
- Paritätische betriebliche Mitbestimmung auf der Basis eines Betriebsverfassungsgesetzes (Betriebsräte).